

Land hilft Kommunen bei den Flüchtlingskosten

BNN
20.05.15

Schmid beziffert Mehrkosten auf 13 Millionen Euro

Von unserer Mitarbeiterin
Julia Giertz

Stuttgart. Durchbruch beim Finanzpoker um die Wohnkosten der Flüchtlinge: Das Land zahlt den Stadt- und Landkreisen in den Jahren 2014 und 2015 die vorläufige Unterbringung vollständig. Finanzminister Nils Schmid (SPD) bezifferte die Mehrkosten nach einem Spitzengespräch mit den Kommunen in Stuttgart für 2014 auf 13 Millionen Euro. Damit steigt die Gesamtsumme der Flüchtlingshilfe für das vergangene Jahr auf 217 Millionen Euro. Schmid betonte: „Es war uns wichtig, die Kreise nicht auf den Kosten sitzenzulassen.“ Nach früheren Angaben des Landkreistags entstand im vergangenen Jahr bei 24 Stadt- und Landkreisen ein Defizit von 16 Millionen Euro für die Unterbringung. Für 2015 werden die Kosten auf Grundlage dann verfügbarer Daten auskömmlich erstattet, erläuterte Schmid. Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) und Städtetagepräsidentin Barbara Bosch lobten das pragmatische Vorgehen angesichts rasant steigender Flüchtlingszahlen. 2016

Durchbruch beim zähen Finanzpoker

wird über das weitere Finanzierungsmodell gesprochen. Der Präsident des Landkreistags, Joachim Walter, sagte zu dem Kompromiss: „Damit haben wir die dauerhafte Lösung erst mal verschoben.“ Er sieht die Kosten für Unterbringung tendenziell steigen, weil die Kommunen in ihren eigenen Immobilien bald keine Plätze mehr hätten und auf teure-

re Anmietung angewiesen seien. Die Kommunalverbände hatten zuvor auf die sogenannte Spitzabrechnung

gepocht, mit der alle Ausgaben präzise abgerechnet werden. Bislang bezahlt des Land Pauschalen von 13260 Euro pro Flüchtling für 18 Monate. Viele Kommunen kamen mit den Mitteln nicht aus, manche unterschritten diesen Wert aber auch. Nach den Worten von Schmid kommen jetzt durchschnittlich 500 Euro pro Kopf hinzu. Nach einer jüngsten Prognose muss Baden-Württemberg im laufenden Jahr mit rund 52000 Erstantragstellern rechnen. Minister Schmid erläuterte ferner, wenn sich Bund und Länder nicht auf eine bundesweite Gesundheitskarte einigten, werde das Land die Einführung einer eigenen Karte für Flüchtlinge prüfen.